

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land am **20.11.2024** um 18:00 Uhr im Konferenzzimmer des Amtsgebäudes

Teilnehmer: - siehe beigefügte Anwesenheitsliste -

vom Amt Güstrow - Land: Herr Nowak, Leitender Verwaltungsbeamter
Gäste: Kamerad Herr Knüppel, Amtswehrführer
Kamerad Herr Wenzel, Ortswehrführer FFW Karcheez

Tagesordnung:

- siehe beigefügte Kopie -

A) Öffentlicher Teil

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Um 18:00 Uhr eröffnet AV Herr Dr. Blau die öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend begrüßt er alle Amtsausschuss-Mitglieder, Gäste und Einwohner sowie Herrn Nowak von der Amtsverwaltung.

Punkt 2: Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde

AV Herr Dr. Blau unterbricht die Sitzung für die Einwohnerfragestunde.

B) Einwohnerfragestunde

Durch die anwesenden Einwohner werden keine Fragen gestellt.

C)

Punkt 3: Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung

AV Herr Dr. Blau eröffnet die öffentliche Sitzung des Amtsausschusses wieder.

Punkt 4: Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es ergehen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.

Über die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig dafür -

Damit gilt die vorliegende Tagesordnung als gebilligt

Punkt 5: Billigung der Sitzungsniederschriften über die Amtsausschuss-Sitzungen vom 21.02.2024 und 14.08.2024

Es ergehen keine Änderungsanträge.

Es folgt die Abstimmung der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 21.02.2024

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	5
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Es folgt die Abstimmung der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 14.08.2024

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Damit sind die Sitzungsniederschriften über die Amtsausschuss-Sitzungen vom 21.02.2024 und 14.08.2024 gebilligt.

Punkt 6: Beschluss zur Ernennung des 1. stellv. Amtwehrführers zum Ehrenbeamten DS-Nr. 19/24

AV Herr Dr. Blau verliest den Beschluss.

Die DS-Nr. 19/24 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Anschließend nimmt AV Herr Dr. Blau die Ernennung von Kamerad Herrn Ronny Wenzel zum Ehrenbeamten als 1. Stellvertreter des Amtwehrführers mit Wirkung vom 20.11.2024 vor.

Kamerad Herr Wenzel spricht den Eid. Die Urkunde wird überreicht.

Damit ist Kamerad Herr Ronny Wenzel mit Wirkung vom 20.11.2024 zum Ehrenbeamten als 1. Stellvertreter des Amtwehrführers des Amtes Güstrow - Land ernannt.

Punkt 7: Bericht des Amtsvorstehers

AV Herr Dr. Blau geht in seinem Bericht auf folgende Themen ein:

Finanzlage und Herausforderungen

Die 19. Mitgliederversammlung der STuGT bot Anlass, die aktuelle Lage und die anstehenden Herausforderungen in der Amtsverwaltung zu thematisieren.

Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) hat sich als ein Instrument erwiesen, das die finanzielle Entlastung durch Entschuldung unterstützt. Gleichzeitig wurde durch die konsequente Einhaltung der Prinzipien von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ein Zuwachs auf den Konten erzielt. Dennoch bleibt die finanzielle Lage angespannt. Investitionen sind schwer umzusetzen, insbesondere im Rahmen der Doppik, die von einer auf Kameralistik ausgerichteten Landesverwaltung nur unzureichend verstanden wird. Die Herausforderungen wachsen durch externe Faktoren: Tarifsteigerungen, galoppierende Sozialausgaben, inflationsbedingte Kostensteigerungen und rückläufige Steuereinnahmen belasten die Haushalte. Hinzu kommen die unklaren Folgen der Grundsteuerreform, die bei Einwohnerinnen und Einwohnern große Irritationen auslöst. Die Reform, eine Folge jahrelanger Versäumnisse in der Finanzverwaltung, bringt sprunghafte Veränderungen mit sich, deren Auswirkungen auf die Hebesätze und Haushalte noch nicht abschließend geklärt sind. Auch ein möglicher fehlerhafter Zensus, dessen Konsequenzen nicht mehr vollständig nachvollziehbar sind, könnte zu erheblichen finanziellen Einbußen führen.

Rechtliche und bürokratische Hürden

Das neue Vergabegesetz stellt die Auftragsvergabe vor neue bürokratische Hürden. Zusätzliche Anforderungen, wie die Berücksichtigung nachhaltiger Produktionsketten oder sozialer Standards, machen die Verfahren komplexer und angreifbarer. Gleichzeitig werden politische Vorgaben, wie die Legalisierung von Cannabis, mit Kontrollaufgaben auf die Kommunen abgewälzt, ohne dass die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Fundtiererlass des Landes, der versucht, die Zuständigkeit der Ordnungsämter in Richtung Tierschutz auszuweiten. Hier wurde klargestellt, dass das Ordnungsamt lediglich für die Rückführung von Tieren zu ihren Eigentümern zuständig ist.

Weitere Herausforderungen betreffen die steigenden Kosten in der Kinderbetreuung, die zunehmende Förderbürokratie und die Anforderungen des Klimaschutzes, insbesondere in der Wärmeplanung. Auch deren Folgekosten belasten die kommunalen Haushalte.

Aktivitäten und Ausschüsse

Trotz dieser Belastungen wird die Arbeit in den Gremien aktiv vorangetrieben. Am 05.12. tagt der Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages, in dem ich mich persönlich engagiere. Herr Nowak, der seine Probezeit erfolgreich bestanden hat und zum Verwaltungsoberamtsrat ernannt wurde, bringt sich weiterhin auf Kreisebene intensiv ein. Fred Lange vertritt das Amt in der Runde der ehrenamtlichen Bürgermeister.

Am 08.10. fanden wichtige Ausschusssitzungen statt. Der Schulausschuss für die Regionale Schule Zehna tagte unter dem Vorsitz von Herrn Lange. Zeitgleich wurde der Wirtschaftsförderungs-, Tourismus-, Kultur- und Umweltausschuss des Amtsausschusses, unter dem Vorsitz von Herrn Dikau, konstituiert.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit zeigt sich ebenfalls Engagement: Zum 12. Wettbewerb des Landkreises meldeten sich 19 Gemeinden an, darunter Lüssow und Lohmen. Zudem steht die Jahresversammlung der BQG am 17.12. an, an der ich teilnehmen werde. Wichtig ist außerdem die Bürgermeisterberatung am 04.12., die sich schwerpunktmäßig mit der Digitalisierung, insbesondere der Laptop-Ausstattung, beschäftigen wird.

Die Amtsverwaltung sieht sich vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Dennoch wird mit hohem Einsatz an der aktiven Gestaltung der kommunalen Aufgaben gearbeitet, um die Zukunftsfähigkeit unsere Gemeinden sicherzustellen.

Damit endet der Bericht des Amtsvorstehers Herrn Dr. Blau.

Punkt 8: Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten

Der Leitende Verwaltungsbeamte Herr Nowak erklärt, dass er seinen Bericht heute dazu nutzen möchte, um das Jahr 2024 in einem kleinen Resümee zusammenzufassen, einen kurzen Einblick in die Amtsverwaltung zu geben und einen Ausblick auf das kommende Jahr 2025 zu werfen.

Rückblick auf das Jahr 2024

Wahlen und Engagement in den Gemeinden

Viele von uns denken beim Rückblick auf 2024 sicher an große Ereignisse wie die Europameisterschaft im eigenen Land oder die Olympischen Spiele. Dennoch standen in unseren Gemeinden und in der Amtsverwaltung vor allem die Europawahl und die damit verbundene Kommunalwahl im Fokus. Am 09. Juni 2024 konnten alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben und die politischen Vertretungen neu wählen. Hinter den Kulissen waren dafür zahlreiche Aufgaben zu bewältigen: Prüfung der Wahlvorschläge, Gewinnung von Freiwilligen für die Wahlvorstände, Vorbereitung der Wahlhandlung, Erstellung der Wählerverzeichnisse, Schulungen, Bekanntmachungen und Nachbereitung – all dies wurde in kurzer Zeit von einem kleinen, aber engagierten Team geleistet.

Nicht minder wichtig ist das ehrenamtliche Engagement in unseren Gemeinden. Ob als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Mitglieder der Gemeindevertretungen oder Aktive in der Feuerwehr, in Jugend-, Sport- oder Freizeitvereinen – Ihr Einsatz für unsere Gesellschaft verdient höchsten Respekt. Sie investieren Energie und Kraft in die Gemeinschaft und setzen sich für das Wohl Ihrer Gemeinden ein. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken!

Zensus 2022 - Auswirkungen auf die Gemeinden

Wie Herr Dr. Blau in seinem Bericht bereits erwähnte, hat uns das Ergebnis des Zensus 2022 überrascht und spürbare Auswirkungen gezeigt. Die Gemeinde Gutow verlor auf Grund der neuen Einwohnerzahlen einen Sitz im Amtsausschuss, der nun aus 16 Mitgliedern besteht. Außerdem wurden die Umlagen nach den amtlichen Ergebnissen neu verteilt, was finanzielle Einbußen für Mecklenburg-Vorpommern von rund 180 Millionen Euro bedeutet – davon etwa 60 Millionen Euro weniger für die Kommunen. Konkret sind nur Gemeinden mit einem Einwohnerverlust von mehr als 3,5 Prozent betroffen. In unserem Amtsbereich trifft dies nur auf die Gemeinde Gülzow-Prüzen zu, die 5,09 Prozent der Einwohnerzahl verlor. Insgesamt sank die Einwohnerzahl im Amtsgebiet von 9.759 auf 9.598 (-1,65 %).

Der Städte- und Gemeindetag kritisierte die Methodik des Zensus-Verfahrens, da teils erhebliche Abweichungen zwischen den Ergebnissen und den Melderegistern festgestellt wurden. Eine rechtliche Anfechtung hätte jedoch kaum Aussicht auf Erfolg, da das Verfahren durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Weitere Schritte durch die Amtsverwaltung waren daher nicht möglich.

Änderungen der Kommunalverfassung

Ein großes Thema war die umfangreiche Änderung der Kommunalverfassung. Leider war die Umsetzung durch das Land wenig praxisnah. Die Gemeinden wurden mit den notwendigen Anpassungen ihrer Hauptsatzungen, Geschäftsordnungen und Ausschussbesetzungsverfahren weitgehend allein gelassen. Hinzu kam eine späte Bereitstellung von Druckexemplaren der neuen Kommunalverfassung – die Amtsverwaltung musste selbst Abhilfe schaffen. Trotz dieser Umstände konnten wir rechtssichere und entbürokratisierende Hauptsatzungen erarbeiten. Dafür danke ich dem Städte- und Gemeindetag für die unterstützende Arbeitshilfe.

Personalgewinnung

Die Personalgewinnung blieb auch 2024 eine Herausforderung. Dennoch konnten fast alle offenen Stellen besetzt oder die Arbeitsorganisation gestrafft werden. Besonders erfreulich ist die Besetzung der Entlastungsstellen im Bau- und Ordnungsamt sowie die Optimierung des Vergabeverfahrens: Von 66 offenen Vergaben wurden allein im letzten Quartal 50 abgeschlossen. Auch die Stelle für Kindertagesstätten konnte besetzt werden. Noch offen ist die Position im Personalmanagement und Organisation, deren Besetzung für das 1. Quartal 2025 geplant ist.

Bildung und Digitalisierung

Positiv hervorzuheben ist der Fortschritt beim Bau des multifunktionalen Bildungskomplexes in der Grundschule Lüssow. Trotz spätem Baubeginn am 24.09.2024 konnten bis Jahresende rund 524.000 EUR der bewilligten 666.000 EUR verbaut werden. Der Abschluss der Maßnahme ist für Ende Juli 2025 geplant. Auf Grund aufwändiger Statiknachweise wird der geplante

Fahrstuhl jedoch nicht mehr im ursprünglichen Zeitrahmen realisiert; hierfür wurde ein ergänzender Fördermittelantrag gestellt. Auch die Digitalisierung hat große Fortschritte gemacht: Durch die Arbeit von Frau Karasz konnte der elektronische Anordnungsworkflow erfolgreich eingeführt werden, was eine vollständige digitale Abwicklung der Buchungsvorgänge ermöglicht.

Haushaltsplanung

Die Überarbeitung der Haushaltsabläufe zeigt bereits Wirkung. Drei Gemeinden verfügen nun schon vor Jahresbeginn über genehmigte Haushalte, eine weitere wirtschaftet mit einem Doppelhaushalt. Ziel ist es, bis Ende des 1. Quartals 2025 alle Haushalte fertigzustellen.

Ausblick auf 2025

Termine

Für das kommende Jahr stehen viele wichtige Termine und Aufgaben an, darunter:

- Bundestagswahl am 23. Februar 2025,
- Fortschreibung der Brandschutzbedarfsplanung,
- Einführung der Ganztagsgrundschule (August 2026),
- weiterer Ausbau der Digitalisierung (Ratsinformationssystem, KI-Einbindung),
- Unterbringung und Integration von Geflüchteten,
- Bewältigung der angespannten Haushaltssituation (durchschnittlich 11,6 Mrd. EUR weniger Steuereinnahmen bis 2028).

Lassen Sie sich von diesen Herausforderungen nicht entmutigen. Sie stehen am Anfang Ihrer Legislaturperiode und haben die Chance, die Zukunft Ihrer Gemeinden aktiv zu gestalten. Die Amtsverwaltung steht Ihnen dabei stets unterstützend zur Seite.

Zum Abschluss bleibt mir nur, Ihnen für das erfolgreiche Jahr 2024 zu danken und Ihnen sowie Ihren Familien eine wunderschöne Adventszeit, besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2025 zu wünschen.

Damit endet der Bericht des leitenden Verwaltungsbeamten Herrn Nowak.

Punkt 9: Bericht des Amtwehrführers

AV Herr Dr. Blau gratuliert dem AWF Herrn Knüppel im Namen des ganzen Amtsausschuss zum Geburtstag.

AWF Herr Knüppel bedankt sich für die Glückwünsche und das Geschenk und hält anschließend den als Anlage beigefügten Bericht. Er bittet nochmals den Amtsausschuss um ein positives Votum zum vorgesehenen Amtsgerätewart.

AV Herr Dr. Blau bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung des Amtwehrführers, die gute Zusammenarbeit und den Einsatz der Amtwehrführung und aller Kameradinnen und Kameraden in den amtsangehörigen Gemeinden.

Punkt 10: Beschluss über die Neufassung der Hauptsatzung des Amtes Güstrow-Land DS-Nr. 20/24

AV Herr Dr. Blau erläutert die Beschluss-Vorlage und verweist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Nowak ergänzt, dass er in der letzten Sitzung fehlerhaft erklärt hat, dass der § 7 (4) sich konstitutiv aus der Entschädigungsverordnung ergibt. Die Regelung aus einer früheren Entschädigungsverordnung, dass nicht mehrere Sitzungsgelder an einem Tag gezahlt werden, ist entfallen. Eine andere Regelung in der Hauptsatzung ist somit rechtlich zulässig. Die Aufnahme beruht auf der Empfehlung des Städte- und Gemeindetag MV e.V. (S. Glaser, Arbeitshilfe Konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung des Städte- und Gemeindetages

Mecklenburg-Vorpommern, Band 45, Aufl. 2024, Seite 49, Seite 36 Erläuterung zu § 10). Er bittet dies zu entschuldigen.

Alsdann folgt die Abstimmung über die DS-Nr. 20/24.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Punkt 11: Beschluss über die Richtlinie über den Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte der Beamtinnen und Beamten der Amtsverwaltung des Amtes Güstrow-Land (Fahrkostenzuschussrichtlinie – FkzRL-AGüL) DS-Nr. 18/24

AV Herr Dr. Blau führt in den TOP ein, erläutert die Historie und verweist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss. Für weitere Ausführungen übergibt er das Wort an Herrn Nowak.

Herr Nowak erläutert kurz das Nachfolgeprogramm, als alternatives Entgeltanreiz-System gem. § 18a TVöD-V mit Erfolgsprämien vor, basierend auf dem wirtschaftlichen Erfolg. Beamte können auf Grund rechtlicher Vorgaben nur durch einen Fahrkostenzuschuss berücksichtigt werden, geregelt in der neuen Fahrkostenzuschussrichtlinie. Hierbei wird der leitende Verwaltungsbeamte von den Regelungen ausgenommen. Zudem erhalten Auszubildende einen übertariflichen Zuschuss von 25 % zum Deutschlandticket. Das steigert die zukünftige Attraktivität im Wettbewerb um potenzielle leistungsstarke Auszubildende.

AA-Mitglied Herr Kalisch merkt den Zuschuss kritisch an. Er ist der Auffassung, dass bereits die derzeitige Ausbildungsvergütung für Verwaltungsfachangestellte sehr hoch ist, im Gegensatz zu Ausbildungsvergütungen im Handwerk und somit genug Anreiz schafft. Auch die Besoldung der Beamten ist auskömmlich.

AA Herr Peters sieht die Schaffung eines Anreizes für die Nutzung von öffentlichem Verkehrsmittel richtig. Ein Zuschuss könnte hier eine Steuerungswirkung erzeugen.

Im Anschluss kommt die Beschluss-Vorlage DS-Nr. 18/24 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Punkt 12: Anfragen und Mitteilungen

AA-Mitglied Herr Dikau informiert, dass Asylsuchende bis zu 120 Stunden monatlich für die Gemeinden arbeiten dürfen. Sie erhalten einen Stundenlohn von 0,80 €, der teilweise vom Landkreis gefördert wird. Die Gemeinden übernehmen dabei die Sozialversicherungsabgaben.

AA-Mitglied Herr Peters fragt, ob die Asylsuchenden in der beschäftigenden Gemeinde ihren Wohnsitz haben müssen.

AA-Mitglied Herr Dikau antwortet, dass sie auch in einer anderen Gemeinde wohnen dürfen.

AA-Mitglied Herr Dikau berichtet anschließend von seiner Auslandsreise mit dem Landrat in die Sozialistische Republik Vietnam. Dabei wurde die Partnerschaft mit den Kommunen in der Provinz Na Hang weiter vertieft, die im Rahmen des Projekts „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik im Amt Güstrow-Land“ entstanden ist. Außerdem konnten die Themen Heilkräuteranzucht und -verarbeitung sowie der Fachkräftegewinn für das Gesundheitswesen vorangetrieben werden.

AV Herr Dr. Blau bedankt sich für die detaillierte Berichterstattung.

AA-Mitglied Herr Kayatz fragt, ob die Gemeinden im Zuge der Grundsteuerreform trotzdem eine Hebesatzerhöhung durchführen dürfen.

Herr Nowak erklärt, dass die Grundsteuerreform nach dem Gesetz zur Übertragung der Zuständigkeiten der Gemeinden für die Festsetzung und Erhebung der Grundsteuer und zur Ermittlung aufkommensneutraler Hebesätze (GemGrStZustÜHebG M-V) aufkommensneutral durchgeführt werden soll. Das im Rahmen der kommunalen Finanzhoheit bestehende Hebesatzrecht der Gemeinden bleibt davon unberührt. Somit kann eine Gemeinde auch einen höheren Hebesatz festsetzen, muss aber den aufkommensneutralen Hebesatz und die Abweichung in geeigneter Art und Weise veröffentlichen.

AA-Mitglied Herr Kayatz regt an, dass alle Gemeinden ihre Straßenreinigungssatzungen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Insbesondere die Grünpflege sollte mitaufgenommen werden.

Herr Nowak merkt an, dass bereits Herr Freier einen Formulierungsentwurf erarbeitet hat.

AA-Mitglied Herr Kayatz regt an, die Entwürfe für die Raumnutzungsverträge auf das notwendigste zu beschränken. Er plädiert für eine einfache Regelung.

AA-Mitglied Frau Bornemann unterstützt den Vorschlag von AA-Mitglied Herrn Kayatz.

Herr Nowak antwortet, dass die Amtsverwaltung alle Anmerkungen und Fragen aus den Gemeinden aufgearbeitet und in den neuen Entwurfsvorschlag einfließen lassen hat. Das Ergebnis wird in der Bürgermeisterberatung vorgestellt.

AA-Mitglied Frau Kainz fragt, ob die Notwendigkeit eines Amtsgerätewartes besteht. In ihrer Gemeinde könnten die Aufgaben durch Gemeindemitarbeiter erledigt werden. Sie sieht insbesondere die Kostenverteilung bei einem Amtsbeschäftigten kritisch.

Es folgt eine kurze Diskussion über die Historie, wie es zur Idee und Notwendigkeit eines Amtsgerätewartes gekommen ist, die Voraussetzungen die vorliegen mussten und die Kostenverteilung. Im Ergebnis sieht die Mehrheit des Amtsausschuss die Notwendigkeit eines Amtsgerätewartes zur Stärkung und Entlastung des Ehrenamtes im Bereich Brandschutz.

AA-Mitglied Frau Bornemann erkundigt sich, ob Rechnungen zwingend in schriftlicher Form mit der Unterschrift des Bürgermeisters bei der Amtsverwaltung eingehen müssen oder ob auch eine digitale Übermittlung mit Signatur akzeptiert wird.

Herr Nowak antwortet, dass eine digitale Übermittlung ausreichend ist. Er wird aber in der Kämmerei diesbezüglich nochmal Informationen einholen.

Es werden keine weiteren Anfragen oder Mitteilungen gestellt.

Die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land endet um 19:45 Uhr.

ausgefertigt: 19.12.2024

Dr. Blau
Amtsvorsteher

Nowak
Protokollführer